

## Schulentscheidung "verwirrt" Schüler, Eltern und Lehrer

Klößner und Dickes fordern Erklärung zum neuen Technik-Gymnasium

Vom 22.01.2009

BAD KREUZNACH (red). Mit seinem Entschluss, das geplante Technik-Gymnasium (TG) an der BBS Wirtschaft anzusiedeln, sorge das Mainzer Bildungsministerium für Verwirrung und viele Fragen bei Schülern, Eltern und Lehrern, stellen die Bundestagsabgeordnete Julia Klößner und die Landtagsabgeordnete Bettina Dickes fest. Die beiden CDU-Politikerinnen haben sich deshalb mit der Bitte um Erläuterungen des Vorhabens an Ministerin Doris Ahnen gewandt. Es sei "nicht nachvollziehbar", warum nicht die Berufsbildende Schule Technik-Gewerbe-Hauswirtschaft-Sozialwesen (BBS TGHS) den Zuschlag für das TG erhalten habe.

Dass der Schulstandort Bad Kreuznach eine Aufwertung durch das breitere Aufgabenspektrum erfährt, halten die Politikerinnen für "grundsätzlich sehr gut" - die Entscheidung des Bildungsministeriums mache aber "wenig Sinn". Die Entscheidung des Mainzer Ministeriums habe den vorangegangenen Kreistagsbeschluss und auch die inhaltliche Ausrichtung beider Schulen scheinbar gar nicht berücksichtigt.

Dickes und Klößner wundern sich, dass das Gymnasium nicht an der dafür prädestinierten Berufsbildenden Schule Technik-Gewerbe-Hauswirtschaft-Sozialwesen (BBS TGHS) angesiedelt wird. Eine fachkompetente Beratung und Betreuung der Schüler sei von Seiten der BBS TGHS optimal möglich. Auch entsprechende Fachräume und Ausstattungen stünden nur an der BBS TGHS zur Verfügung. "Die Zuständigkeiten wären für Schüler und Eltern unklar, hinzu kommt ein sehr hoher Organisationsaufwand durch unterschiedliche Stundenpläne, Schulverwaltungsprogramme, Aufnahmeverfahren und Zeugnisse", geben Klößner und Dickes zu bedenken.

Beide Schulen wollen - nach eigenem Bekunden - nach wie vor kooperieren, beispielsweise beim Kursangebot oder beim Lehreraustausch. Der BBS Wirtschaft wie der BBS TGHS bescheinigen die beiden "hervorragende Arbeit". Doch der "Gesamtstimmung" sei es nicht zuträglich, wenn Entscheidungen "nicht rational nachvollziehbar" seien und "aus praktischen Gründen so auch nicht auf der Hand liegen", beklagen die Politikerinnen.